1934 – 1945

# Der sozialdemokratische kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 1/2 – 1995 15 Schilling

# Wann, wenn nicht jetzt?

***Wenn erst Bombenanschläge und Todesopfer die öffentliche Meinung aus dem gewohnten Trott aufscheuchen, dann ist die Frage angebracht, was denn noch alles geschehen muß, um die wirksame Bekämpfung letztlich mörderischer Umtriebe von Rassisten und deutschtümelnden Blut-und-Boden-Chauvinisten in Gang zu setzen. Was muß noch geschehen, um den indifferenten Kleinformatlesern die Einsicht aufgehen zu lassen, daß die Phrase, man müsse endlich damit aufhören, die politische Gestrigkeit anzuprangern, der Rauchvorhang für rechtsextremistische Mordgesellen von heute gewesen ist. Die Parolen „Niemals vergessen!" und „Wehret den Anfängen!" sind als sinnvoll und berechtigt bestätigt durch die jüngsten tragischen Ereignisse.***

Es haben nicht nur Erfolge viele Mütter und Väter, auch die Fehlentwicklungen. Die verschlampte und nachträglich von Politikern und Wissenschaftern redselig als human gerechtfertigte sogenannte Entnazifizierung nach 1945 ist sicherlich einer der Hauptgründe. Die Übertragung des braunen Bazillus durch viele namenlose, aber auch durch namhafte Österreicher, die aus der tragischen Geschichte nichts gelernt haben, ist ein weiterer Grund. Die zwinkernde Handhabung antinazistischer Gesetze und die schlichte Mißachtung der einschlägigen Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrags durch Justiz und Exekutive waren weiterer Vorschub in eine verhängnisvolle Richtung. Es ist aber auch jener Mangel an Zivilcourage nicht zu übersehen, der die Überzahl der Staatsbürger bislang davon abgehalten hat, rechtsextremen Umtrieben sofort, an Ort und Stelle, entgegenzutreten. Es ging in der Regel gar nicht um die Tat, es ging lediglich ums Wort. Die verbale Intervention beim üblen Wirtshausdiskurs, das Eingreifen in provokante Redereien in der Öffentlichkeit, die grundsätzliche humane Stellungnahme – wo blieben sie? Da hat offenbar bürgerlicher Anstandsunterricht, seinerzeit in der Tanzschule genossen, von politischer Notwendigkeit abgelenkt. Mit „solchen Leuten" stellt man sich doch nicht her.

Wir haben ein Stadium erreicht, in dem man von ihnen gestellt wird. Das sollte zu denken geben und zum Handeln anleiten: nicht zur Tätlichkeit in erster Linie, sondern zu kritisch-aktiver Einstellung.

In der Demokratie ist sicherlich niemand sein eigener Richter, aber aktive Wachsamkeit darf von allen demokratisch und human Gesinnten erwartet werden. Demagogisches Geschwätz, das von Inhumanität und menschenverachtender Aggression gegen Mitmenschen strotzt, muß nicht nur in kollektiver Ächtung untergehen, es muß sich sofortiger Entgegnung und Gegenwehr ausgesetzt sehen. Wo abgefeimte Politiker oder gewissenlose Journalisten verantwortungslosen Menschenverächtern die Mauer machen, sie ermuntern oder durch bewußt zahme Kritik ihre Solidarität bekunden, ist die Konsequenz zu ziehen. Wer weiter aus lieber Gewohnheit Erzeugnisse eines Boulevardjournalismus konsumiert, der in mäßiger Prosa oder dürftiger Lyrik zu Minderheitenverachtung und unangebrachter Arroganz gegenüber Menschen mit anderer Muttersprache verleitet, ist auf dem falschen Weg. Wer auf Politiker hereinfällt, deren Hauptanstrengung der Diskreditierung demokratischer Einrichtungen gilt, die vorgeben, ein Herz für Österreich zu haben, aber offenbar nicht für alle Österreicher, hätte sich daran zu erinnern, daß solche Betriebsblindheit unser Land schon einmal in die Katastrophe gestürzt hat. Das immer wieder ironisch zitierte Kreisky-Wort „Lernen Sie Geschichte, ja!" war ernster gemeint, als manche glauben.

Es läge freilich auch am Staat und seinen Institutionen, die Staatsbürger zu aktivem demokratischen Handeln zu ermuntern, die Hinwendung vom humanen Bekenntnis zu humanem politischen Verhalten zu ermutigen. Eine Bürokratie, die ein durchaus praktikables Asylrecht durch eine unmenschliche Anwendung entwertet, strahlt keine solche Ermutigung aus. Eine Verwaltung, der es nicht gelingt, durch entsprechende Aufklärung einer demagogischen Verquickung der nötigen Einwanderungslenkung mit dem Asylantenproblem entgegenzuwirken, leistet latentem Fremdenhaß Vorschub, statt ihn einzudämmen.

Eine Justiz, deren staatsanwaltschaftliche – ministeriell weisungsgebundene – Entscheidungen die ohnehin äußerst bescheidenen polizeilichen Initiativen gegen rechtsextremistische Machenschaften und Umtriebe zunichte machen, behindert die Ausbildung eines dringend erforderlichen demokratischen staatsbürgerlichen Potentials. Sie macht sich mitschuldig an der Entstehung eines zunehmenden Unsicherheitsgefühls. Wenn die Republik und ihre Institutionen nicht die Bereitschaft zum Selbstschutz vor politischen Gewalttätern demonstrieren, kann keine Unterstützung durch die loyale Bevölkerung erwartet werden.

Eine Polizei, die nicht zur Stelle ist, wenn sich bedroht fühlende Bürger nach ihr rufen, die politisch motivierte Verbrechen als solche viel später erkennt als der Durchschnittsbürger, überzeugt wenig in ihrer Schutzfunktion. Wenn sie Haussuchungen bei politisch Tatverdächtigen oder bereits eines Verbrechens Überführten unterläßt, aber notorisch friedliche Mitbürger damit behelligt, dann ist der Verdacht berechtigt, daß da anderes im Spiel ist als lediglich beamtliche Ignoranz. Wenn immer erst dann gegen rechtsextreme, längst notorische Aktivitäten vorgegangen wird, wenn die Sitiuation im Ausland einen Skandal auszulösen droht, dann darf man sich nicht wundern, wenn der mitbürgerliche Hausverstand leichte Zweifel an der Kompetenz der Verantwortlichen hat.

Zuletzt müssen noch die Volksvertreter daran erinnert werden und mit ihnen die Inhaber bedeutender politischer Positionen, daß persönliche und politische Integrität unabdingbar sind, daß eine gerechte Verteilung der von allen

*(Fortsetzung auf Seite 3)*

## Die Stimme

**Kurt Schmidt zum Gedenken**

(14. Dezember 1913 bis 5. Februar 1995)

Wenn Feiern waren oder
Konferenzen,
wenn Trauer um Dahingegangene
und zum Innehalten und Gedenken
zwang...

Wenn Nachgeborene wissen
wollten,
wie es kommen konnte, daß
entmenschte Figuren
auf Menschen schlugen, sie in
Gaskammern pferchten
und an ihrer Qual Ergötzung fanden,
so daß selbst die seelenlose
Tötungsmaschine
noch erbarmungsvoll anmutete,
weil durch sie
den Folterknechten das Opfer
entzogen wurde...

Wenn es galt, das Leben gegen die
Hoffnungslosigkeit
zu schildern, weil Leben Hoffnung ist,
weil Hoffnung lebt und hinter
Stacheldraht wachsend
sich mit anderer Hoffnung
solidarisch findet
zum Widerstand gegen Bunker,
Bock und Tod,
der ein Meister auch aus Österreich
ist...

Wenn irgendwo irgendwer
an Unrecht litt
und alleingelassen zu werden drohte
gegen eine Übermacht aus
Gehässigkeit und Feigheit,
wenn Not an Menschlichkeit war
und Menschlichkeit Not litt...

dann gab es eine Stimme,
die mahnend und fordernd die
Räume füllte,
machtvoll in die Herzen drang,
sie am Zögern hinderte und den
Puls belebte,
so daß Spannung gegen Haß und
Elendigkeit aufkam,
über sie hinauswuchs und das
Antlitz der Menschen
davor bewahrte, erneut entstellt
zu werden,
weil sie abermals tatenlos
dem Verbrechen zusehen könnten,
dem die Geschichte den Namen
Faschismus gab.

Wie doch die Stimme
die kleine Gestalt erhöhte, aus der
sie erscholl.
Eine Gestalt, die nimmermüde
nicht bloß ihre Stimme, sondern
ungebeugt sich selbst
für den Sozialismus einsetzte,
allen Rückschlägen zum Trotz:
aufrecht und unerschrocken
und allem Menschlichen verbunden.

peter ulrich lehner

# Das Vermächtnis des 12. Februar 1934

## Gedenken an die Februar-Opfer, die Roma und Kurt Schmidt

Das Vermächtnis des 12. Februar 1934 sei es, „in Ehrfurcht und Respekt dieser Menschen zu gedenken, die soviel Kraft für uns hinterlassen haben, daß wir stark genug sind, dafür einzutreten, daß sich diese Ereignisse nicht mehr wiederholen", erklärte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Franz Vranitzky anläßlich einer Gedenkfeier der Sozialdemokraten zum 12. Februar 1934 in Wien-Simmering. Für die Sozialdemokratie sei es notwendig, ihre „Argumentationsstärke wieder zu erringen". „Wir können uns nicht einfach zurückziehen, wir müssen selber zu den Leuten gehen und ihnen sagen, daß das, was Haider sagt, nicht für den kleinen Mann ist, sondern in Wirklichkeit gegen ihn", betonte Vranitzky.

Als „politische Unverschämtheit" bezeichnete Vranitzky Haiders Gleichsetzung von Konzentrationslager und Straflager in einer Rede im Nationalrat. Denn der Ausdruck „Straflager" würde „die Vermutung nähren, daß sich die Leute, die dort interniert waren, etwas zuschulden kommen ließen". „Das einzige, was sie sich zuschulden kommen ließen, war, daß sie anders waren", und „Anderssein berechtigt niemanden, zu verfolgen und zu deportieren", betonte Vranitzky.

Wenn er an Diskussionen oder Veranstaltungen vor fünf Jahren zurückdenke, könne er sich erinnern, daß die Leute mit Anliegen zu ihm gekommen seien. Heute sagen die Leute nicht mehr: „Ich bekomme zuwenig", sondern: „Der andere bekommt zuviel." Für Vranitzky bedeutet das, daß man sich dem Ausgleich der Interessen objektiv stellen müsse und daß es notwendig sei, „wieder die Argumentationsstärke zu erringen". Aufgabe der Sozialdemokraten sei es daher, den Leuten zu sagen, was die Vorschläge Haiders wirklich bedeuten würden.

Vranitzky betonte, daß sich die Sozialdemokratie auch „angesichts der Rechtsaußenrülpser" ihre Errungenschaften nicht wegnehmen lassen dürfe. Auch wenn sich ein Exponent des Koalitionspartners gegen seine Formulierung, Österreich sei ein „sozialdemokratisch gestaltetes Land", wehre, müsse er seine Formulierung bekräftigen. Die Forderungen der Vergangenheit, wie zum Beispiel Gleichberechtigung oder Arbeitnehmerschutz, seien heute keine Forderungen mehr, sondern „Bestandteil der Rechte der Menschen dieser Republik", betonte der Bundeskanzler.

Bei seinem Kondolenzbesuch in Oberwart habe er auf die Frage, weshalb die Roma nicht in der Stadt selbst wohnen, von Oberwartern zur Antwort bekommen, „die Roma wollen halt lieber unter ihresgleichen sein". Als er einige Roma selber gefragt habe, erklärten sie ihm, wenn sie dort eine Wohnung bekommen würden, würden sie gerne in der Stadt wohnen. „Wenn unsere Zivilisation des 20. Jahrhunderts die Idee gehabt hätte, den Roma Wohnungen in Städten zur Verfügung zu stellen, hätten die Attentäter keine so große Chance gehabt, diesen heimtückischen Anschlag auf die Roma durchzuführen." Es gehe für ihn hier nicht um das Minderheitenthema allein. In einem wohlhabenden Land könne die einzige Antwort auf solche Wohnverhältnisse, wie er sie in der „sogenannten Roma-Siedlung" vorgefunden habe, nur sein, diese Wohnverhältnisse abzuschaffen, betonte Vranitzky.

Es sei für ihn „unglaublich aufbauend", daß junge Menschen an die Verfolgten denken und sich für die Erhaltung der Demokratie einsetzten. Mit diesen Worten kommentierte der Bundeskanzler seine Begegnung mit Schülern des Gymnasiums von Oberpullendorf, die die Patenschaft über das Mahnmal des ehemaligen „Zwischenlagers Lackenbach" übernommen haben. Die Schüler hätten am Mahnmal auf ihn gewartet und mit ihm gemeinsam der damaligen und der heutigen Opfer des Faschismus gedacht.

Die Gedenkfeier vor dem früheren Simmeringer Arbeiterheim in der Drischützgasse war sowohl den Februar-Opfern wie den ermordeten Roma und unserem Genossen Kurt Schmidt gewidmet, dem SPÖ-Bezirksvorsitzender Stadtrat Johann Hatzl Worte des Gedenkens widmete. Auch Genosse Hugo Pepper würdigte Kurt Schmidt in seiner Ansprache. Die Parteifahnen waren mit schwarzem Trauerflor versehen.

*SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Vranitzky bei der Februar-Gedenkkundgebung. (Foto Hans Waschek)*

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

*Dr. Franz Danimann, Herbert Exenberger, Prof. Hugo Pepper, Anton Silhan, Hans Waschek.*

# Feiger Mord an vier Roma

Am 5. Februar 1995 kam es im burgenländischen Oberwart zum feigen Mord an vier Angehörigen der Roma-Volksgruppe. Peter Sarközi, Erwin Horvath, Karl Horvath und Josef Simon wollten eine auf einem Weg aufgestellte Tafel mit der Inschrift „Roma zurück nach Indien" entfernen, als eine mit der Tafel in Verbindung stehende Bombe explodierte. Alle vier Männer waren auf der Stelle tot, doch wurden die Leichen erst Stunden später gefunden. 30 Stunden danach detonierte in der kroatischen Gemeinde Stinatz im Burgenland ein zweiter Sprengsatz, der einem Mitarbeiter des Umweltdienstes die rechte Hand zerfetzte.

In einem Wartehäuschen in Ollersdorf war vorher schon ein Bekennerschreiben gefunden worden, das mit „BBA, Friedrich II der Streitbare, Herzog von Österreich und Vierburgenland" unterzeichnet war.

In dem Schreiben heißt es: „Clans der Schifkowits, Grandits, Stoisits, Resetarits und Janisch – zurück nach Dalmatien. Deutsch-Österreich als Stammgebiet der Bajuwaren benötigt keine Ausländerindustrie, bestehend aus Ausländer-Lobbyisten, aus Aufwieglern, Förderern und Erfindern immer neuer Volksgruppen, aus Amateurdolmetschern, Fremdspracheneinpeitschern, aus Integrationsprojektanten, Menschen- und Waffenschmugglern, aus Rassentheoretikern und Menschenzüchtern nach dem Vorbild des marxistischen Einheitsmenschen."

## Freiheitskämpfer verurteilen Bombenattentat auf Roma

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer verurteilt schärfstens die im Burgenland erfolgten offenbar rassistisch motivierten, terroristischen Ausschreitungen. „Angesichts der Halbjahrhundertfeier des Wiedererstehens der Republik Österreich werden alle demokratisch und human gesinnten Mitbürger aufgefordert, mit allem Nachdruck gegen das Einreißen von mörderischen Praktiken in der Politik Stellung zu nehmen", erklärte der Vorsitzende der Freiheitskämpfer, Hugo Pepper, gegenüber dem SPÖ-Pressedienst.

## Kurt Schmidt (1913–1995)

Unser Kurtl ist nicht mehr unter uns. Am 5. Februar 1995 ist unser Genosse Kurt Schmidt gestorben, am Tag des Anschlags auf die vier Roma und eine Woche vor dem Februar-Gedenken in seinem Bezirk Simmering. Es war ihm auch nicht mehr vergönnt, die Gedenkfahrt der Freiheitskämpfer nach Auschwitz selbst zu leiten, wo er seine schlimmste Zeit erdulden mußte. Genosse Schmidt war jahrelang eine wichtige Arbeitskraft im Bundessekretariat der Freiheitskämpfer, im September 1994 wurde der Simmeringer Bezirksobmann zum Wiener Vorsitzenden der Freiheitskämpfer gewählt. Er war aber über all dem ein umsichtiger Reiseleiter zahlreicher Gedenkfahrten und ein stimmgewaltiger – am Reinhardt-Seminar geschult und am Theater ausgebildet – Rezitator bei Gedenkfeiern, der auch selbst als Dichter hervorgetreten ist. Als Führer durch das Konzentrationslager Mauthausen hat sich Genosse Schmidt um die Aufklärung unserer Jugend unvergängliche Verdienste erworben. Was er uns Freiheitskämpfern war, das beschreibt Genosse Peter Ulrich Lehner in nebenstehendem Gedicht. Genosse Schmidt ist nicht mehr unter uns, aber sein Geist wird lebendig bleiben wie seine kämpferische Gesinnung und sein unversiegbarer Humor. Das versprechen wir unserem Kurtl.

## Löschnak zu „Hasenjagd": „Den kleinsten Anfängen wehren"

Innenminister Franz Löschnak betonte bei der Matinee des Filmes „Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen" von Andreas Gruber aus Anlaß des 50. Jahrestages der „Mühlviertler Hasenjagd", daß es „gerade angesichts des Wiederauflebens rechtsextremistischer Gewalt notwendig ist, an den Grundsatz zu erinnern, daß auch den kleinsten Anfängen zu wehren ist". Aus Anlaß des Gedenkens an die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus setzt das Innenministerium eine Reihe von Aktivitäten, die einerseits mit der Gedenkstätte Mauthausen und andererseits mit der spezifischen Rolle der Sicherheitsexekutive bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus im Zusammenhang stehen.

Dabei handle es sich um zwei Bereiche, so Löschnak, die vom Grundsatz bestimmt sind, daß es Aufgabe des Innenressorts ist, der nationalsozialistischen Wiederbetätigung nicht nur repressiv – also im Dienste der Strafrechtspflege –, sondern vor allem auch präventiv entgegenzuwirken. „Dafür ist es erforderlich, den jungen Menschen in unserem Lande, denen entsprechende eigene Erfahrung fehlt, die Menschenverachtung, wie sie der Faschismus zur Routinehandlung gemacht hatte, vor Augen zu führen und ihnen zu zeigen, wie aus scheinbar geringen Anfängen ein System des Terrors und der Vernichtung entwickelt wird", sagte Löschnak.

Es müsse aber auch gezeigt werden, in welche Situation Menschen unter diesen Voraussetzungen geraten und um wieviel leichter es sei, sich der Unmenschlichkeit anzuschließen, wenn sie zur alltäglichen Erscheinung wird.

Der „Mühlviertler Hasenjagd" komme auch für die Exekutive besondere Bedeutung zu: Die Ereignisse der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1945 zeigten, daß viele Gendarmen der Aufforderung der SS, sich an der Treibjagd auf die Geflüchteten zu beteiligen, nicht folgten.

„Wenn wir Ihnen heute diesen Film zeigen, hoffen wir, einen Beitrag dafür zu leisten, daß es Ihnen leichter fällt zu erkennen, welches Maß an krimineller Energie vom Nationalsozialismus freigesetzt worden ist", sagte Löschnak abschließend in seiner Ansprache vor Exekutivbeamten.

## Wann, wenn nicht jetzt?

*Fortsetzung von Seite 1*

erwirtschafteten Werte unumstritten sein muß. Alles andere liefert jenen die Munition, welche berharrlich versuchen, das demokratische System als Hort der Korruption darzustellen, als ein sich selbst genügendes, unsoziales System. Auf solcherart bereitetem Boden, gefördert von der politischen Ignoranz gewisser Teile der Bevölkerung, wächst der mörderische Ungeist menschenverachtender Extremisten.

Wer vor diesem erkennbaren Zustand warnt, sollte kaum in den Verdacht geraten, er sähe weiße Mäuse. Die Warnung erfolgt im Interesse aller Menschen in diesem Lande, die sich der Humanität und der Toleranz verpflichtet fühlen: Toleranz freilich nicht gegenüber Rassisten, Menschenverächtern und Mördern. *HP*

# Das Ende des Vernichtungslagers Auschwitz

***Vor nunmehr 50 Jahren, am 27. Jänner 1945, wurde das berüchtigte Konzentrationslager Auschwitz besetzt. Von Befreiung kann man – im eigentlichen Sinn – vielleicht nicht sprechen, da ja der Großteil der Häftlinge bereits zuvor „evakuiert", das heißt, in andere Lager gebracht wurde. Ab dem 18. Jänner wurden mehr als 60.000 Häftlinge aus dem Lager getrieben. Die erste Wegstrecke ging es zu Fuß, bei eisiger Kälte, bis man sie auf offene Eisenbahnwaggons verfrachtete. Es waren buchstäblich Todesmärsche; wer nicht mitkonnte, und das waren angesichts des schlechten körperlichen Zustandes viele, wurde von der begleitenden SS erschossen. Die Straßen waren buchstäblich in Blut getränkt. Jene, die das überstanden, wurden in andere Konzentrationslager transportiert, wo sie erst einige Monate später – sofern sie überlebten – befreit wurden.***

Gemordet wurde in Auschwitz bis zum Schluß. Noch am 7. Oktober 1944 wurde der Aufstand der jüdischen Häftlinge des sogenannten „Sonderkommandos" blutig niedergeschlagen – kein Überlebender. Aufgabe des Sonderkommandos war die Räumung der Gaskammern, der Transport in die Krematorien usw. Bevor die Aufständischen aber niedergemetzelt wurden, gelang es ihnen noch, eines der Krematorien zu sprengen. Schon vorher waren bei der „Liquidierung" des Zigeunerlagers fast 3000 Frauen, Männer und Kinder ermordet worden. Die Sprengung bzw. Demontage der Gaskammern in Auschwitz-Birkenau erfolgte am 25. November 1944. Bis knapp vorher waren die Vernichtungsanlagen in Aktion. Bekannt ist die „Ungarnaktion" im Jahre 1944, der etwa 400.000 Juden zum Opfer fielen.

Und das Morden ging weiter. Am 30. Dezember wurden fünf Angehörige der Widerstandsgruppe des Lagers – im Zusammenhang mit einem mißglückten Fluchtversuch –, und zwar zwei Polen und drei Österreicher, auf dem Appellplatz, angesichts der zum Zählappell angetretenen Mithäftlinge, gehenkt. Die Opfer bekannten sich bis zuletzt zu ihren Idealen und zu dem, wofür sie gekämpft und gelitten hatten. Die Polen **Piontek** und **Swierzina** erhoben, schon unter dem Galgen stehend, die gefesselten Hände und riefen in ihrer Sprache: „Es lebe Polen!", „Es lebe die Freiheit!" Und die Österreicher, die ja im Lager als reichsdeutsch galten: **Ernst Burger:** „Es lebe ein freies Österreich!" und **Rudi Friemel:** „Nieder mit der braunen Mordpest!" Und schließlich **Vickerl Vesely,** der jüngste der fünf: „Heute wir – morgen ihr!"

Der Fluchtversuch stand im Zusammenhang mit einem geplanten Aufstand der internationalen „Kampfgruppe Auschwitz", der illegalen Häftlings-Widerstandsorganisation, mit dem Ziel der Selbstbefreiung des Lagers. Die SS hatte ja die Vernichtung des Lagers gepant und in dieser Hinsicht auch konkrete Maßnahmen gesetzt, zu denen es dann allerdings nicht mehr kam. Aber dies war noch nicht die letzte Hinrichtung. Noch am 6. Jänner 1945 wurden in Auschwitz-Birkenau vier weibliche Häftlinge – **Ella Gärtner, Regina Safir, Ester Wiesblum** und **Rosa Robota** – im Zusammenhang mit dem erwähnten Aufstand des Sonderkommandos gehenkt.

Im Lager zurück blieben die nicht transportfähigen Kranken, einige Pfleger und Häftlinge, die sich der Räumung des Lagers in Verstecken entzogen hatten und damit allerdings ein großes Risiko eingingen. Nach den Plänen der SS sollten ja die zurückbleibenden Häftlinge getötet werden, um die Zeugen für die in Auschwitz geschehenen Verbrechen zu beseitigen. Angesichts des schnellen Vormarsches der russischen Truppen, und wohl auch, weil den SS-Leuten ihre eigene Sicherheit wichtiger war als der erwähnte Befehl, kam es nicht mehr dazu. Aber auch nach der Evakuierung des Lagers wurden von SS-Einheiten zahlreiche Häftlinge erschossen.

Als die russischen Truppen das Lager besetzten, fanden sie dort mehr als 7000 Häftlinge, größtenteils Kranke, vor und viele Hunderte Leichen. Bei der Betreuung der kranken Exhäftlinge, von denen angesichts des geschwächten körperlichen Zustandes in der Folge noch viele starben, war vor allem der Wiener Arzt, der Sozialist und ehemalige Schutzbundfunktionär **Otto Wolken,** in aufopfernder Weise im Einsatz. Ihm verdanken viele in dieser schwierigen Phase ihr Leben. Wolken war vorher als Häftlingsarzt im Quarantänelager in Auschwitz-Birkenau tätig, und er kämpfte auch dort, unter den widrigsten Umständen, ohne Rücksicht auf seine eigene Sicherheit, im Rahmen seiner Möglichkeit gegen Tod und Vernichtung. Er erwarb sich dort, im wahrsten Sinne des Wortes, internationale Anerkennung, da ja in Auschwitz Häftlinge aus allen von der Hitler-Wehrmacht besetzten Ländern waren. Seine Verdienste werden durch viele Zeugnisse nach der Befreiung belegt. Wolken war auch ein wichtiger Zeuge in mehreren Kriegsverbrecherprozessen, vor allem im Frankfurter Auschwitz-Prozeß im Jahre 1963.

Trotz seiner vielfältigen beruflichen und politischen Verpflichtungen arbeitete er auch intensiv bei der Aufklärung der Gegenwartsgeneration über Widerstand und Verfolgung mit. Diesem Zweck diente auch die Publikation „Birkenau-Auschwitz, Chronik des Vernichtungslagers. Zeugnisse und Berichte", herausgegeben von H. G. Adler, Hermann Langbein und Ella Lingens-Reiner, die in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt, im Mai 1962 erschienen ist. Dabei konnte Wolken auf Aufzeichnungen zurückgreifen, die er selbst im Lager, unter Lebensgefahr, gemacht hatte.

Die bereits vorhin erwähnte **Ella Lingens,** Widerstandskämpferin und Sozialistin, war wegen „Judenbegünstigung", ein damals schweres Delikt, ins KZ gekommen. Als Häftlingsärztin im Frauenlager Auschwitz-Birkenau kämpfte sie ebenso wie Otto Wolken für das Überleben ihrer Schicksalsgefährten. Trotz widrigster Bedingungen, vor allem die katastrophalen sanitären Verhältnisse, und dem organisierten Massenmord, gab sie nicht auf und übte Solidarität auch in dieser schlimmsten Situation.

Auch sie war eine wichtige Zeugin in diversen Kriegsverbrecherprozessen, wobei ihr noch ihr Zweitstudium – sie ist promovierte Juristin – zugute kam. Nach

*(Fortsetzung auf Seite 6)*

# Ottokar Pessls Neonazi-Netzwerk

***Der mysteriöse Fund eines russischen T 34-Kampfpanzers in Göpfritz an der Wild im Waldviertel lenkte im Dezember 1994 den Blick auf ein Neonazi-Netzwerk rund um den verhafteten 47jährigen Transportunternehmer Ottokar Pessl aus Wien-Döbling. Da „kein dringender Tatverdacht" vorliegt, wurde Pessl noch im Dezember aus der Untersuchungshaft entlassen, doch werden die Ermittlungen gegen ihn weitergeführt. Jedenfalls wird Pessl mit einem Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Kriegsmaterialiengesetz zu rechnen haben.***

Interessant ist aber vor allem das braune Netzwerk, das sich nach dem Verbot des Neonazi-Vereins „Kameradschaft Babenberg" im April 1980 in den Firmen des Ottokar Pessl gebildet hat: nach dem Verbot der „Babenberg", wo der damals noch recht junge Gottfried Küssel sein rechtsextremistisches Handwerk lernte, stellte Pessl mehrere „Babenberger" in seinen Firmen an. Pessl ist Chef einer Spedition in Wien-Döbling, besitzt eine Firma des Namens „Miltronic-Pessl Gmbh" und mehrere Heurigen-Lokale. „Babenberger" Franz Dieter S. wurde Steuerberater der Miltronic, der spätere Küssel-Adlatus Gerhard E. wurde Angestellter der Spedition. Untersucht wird auch ein mögliches Angestelltenverhältnis des nach Spanien geflüchteten Gerd Honsik. Der Pessl-Spezi Herbert Ussner gelangte mit seiner „Wehrsportgruppe Trenck" zu fragwürdiger Bekanntheit. Anläßlich Adolf Hitlers Geburtstag am 20. April wurden Feiern der VAPO (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) in Pessls Heurigenlokal vor riesengroßen Hakenkreuzfahnen abgehalten. Das beweisen Fotos, die bei einer Hausdurchsuchung beim Speditions-Zolldeklaranten Gerhard K. in Weigelsdorf, Bezirk Baden, sichergestellt wurden. K. wird als äußerst gefährlich eingestuft, bei ihm wurden zahlreiche Waffen und Nazi-Requisiten sowie eine umfangreiche Fotosammlung sichergestellt. Auch ein Aufmarsch beim „Anschlußdenkmal" in Oberschützen, Burgenland, ist zu sehen.

Der russische Kampfpanzer, der im Waldviertel gefunden wurde, scheint dem Bereich „Liebhaberei" zuzuordnen zu sein. Brisanter dürften dagegen die Waffen sein, die in Pessls Wohnung gefunden wurden: ein Maschinengewehr 42, zahlreiche Maschinenpistolen, Sturmgewehre und Sprengstoff.

# Auschwitz aus Sicht der Roma und Sinti

Mit der Aussonderung als „Rasse" wurden Sinti und Roma ebenso wie die Juden willkürlich entmenschlicht, entrechtet und ermordet. Die Ermordung von Millionen Menschen ist als Einmaligkeit in der Geschichte zu bezeichnen. Aufgrund Himmlers „Auschwitz-Erlaß" vom 16. Dezember 1942 wurde die letzte Stufe der „endgültigen Lösung" eingeleitet, eine jahrhundertelange Verfolgung hatte ihren Höhepunkt erreicht. Ab März 1943 waren von der SS aus elf von den Nationalsozialisten besetzten Ländern mehr als 22.000 Roma und Sinti ohne Rücksicht auf Mischlingsgrad familienweise in das „Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau" verschleppt worden. Tausende von ihnen fanden in den Gaskammern den Tod. Ebenso viele starben an Hunger, Krankheiten und Unterernährung, wurden von SS-Leuten erschlagen oder verstarben aufgrund medizinischer Versuche. Darunter an die 10.000 deutsche und mehrere Tausende österreichische Roma und Sinti. Es gibt kaum Familien, die nicht Opfer zu beklagen haben.

In der Nacht von 2. auf den 3. August 1944 wurde der Abschnitt B II e, das „Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau", aufgelöst. Zuvor wurden die „arbeitsfähigen" Männer und Frauen für die Zwangsarbeit in andere Konzentrationslager selektiert. Die letzten, an die dreitausend Menschen, vor allem Alte, Frauen und Kinder, die nicht arbeitsfähig waren, wurden in den Gaskammern ermordet.

Nach Schätzungen wurden an die 500.000 Roma und Sinti in Europa von den Nationalsozialisten ermordet. Am Balkan größtenteils durch „Einsatzgruppen" mit sogenannten Gaswagen und durch Massenerschießungen hinter der Ostfront. Von den 11.000 österreichischen Roma und Sinti hat bestenfalls ein Drittel die KZ- Hölle überlebt.

Leider fand die Gedenkstunde in Auschwitz, am 3. August 1994, anläßlich des 50. Jahrestages der Auflösung des „Zigeunerlagers Auschwitz-Birkenau", in der Öffentlichkeit kaum Beachtung.

1945, nach der Befreiung und der Rückkehr in ihre Heimatgemeinden, fanden die Überlebenden nichts mehr von ihrem Besitz. Mit nichts, als dem was sie am Leibe trugen, standen sie da. Gezeichnet von den Qualen der vergangenen Jahre, krank an Körper und Seele und in ständiger Angst vor neuerlicher Verfolgung. Die Diskriminierung war auch nach der NS-Zeit nicht beendet.

Die Vorurteile, die gesellschaftliche Ausgrenzung standen wieder an erster Stelle. Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti wurden von der Gesellschaft geleugnet und ignoriert, selbst von ehemaligen Mithäftlingen aus den KZ, die inzwischen große Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft geworden waren. Bei den Wiedergutmachungen wurden Roma und Sinti stark benachteiligt. Es gab einige Leute in den KZ-Verbänden, die helfen wollten und es auch taten. Mitte der fünfziger Jahre kam es zu ersten Haftentschädigungszahlungen, sie waren zu gering, um sich eine Existenz aufbauen zu können.

Wenn wir heuer den 50. Jahrestag der Befreiung feiern, so waren das rückblickend bittere Jahre für all jene, die von einer Sozialrente leben müssen.

## NS-Gedenken in Wels

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer solidarisiert sich mit der Initiative der Sozialistischen Jugend Österreichs betreffend den Welser Bürgermeister Karl Bregartner. Vor dem Hintergrund der jüngsten rassistischen Mordtaten muß die Haltung eines Politikers, der sich der Pflege nazistischer Erinnerungstafeln befleißigt, der das Gedenken an NSDAP-Funktionäre wachhalten hilft und ebenso die Erinnerung an rechtsextreme Provinzliteraten, nachdrücklich verurteilt werden. Wer so handelt, stellt sich damit gegen die Gemeinschaft aller demokratischen und human gesinnten österreichischen Mitbürger, heißt es in einer Presseaussendung der Freiheitskämpfer vom 7. Februar 1995.

## Ex-VAPO-Mann: „Bedingt"

Zu einer einjährigen bedingten Haftstrafe wegen NS-Wiederbetätigung wurde Anfang Dezember 1994 der 28jährige Bankbeamte Michael K., ein früherer Aktivist der „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), verurteilt. Er wurde als „Finanzminister" der VAPO bezeichnet. Darüber hinaus hat sich Michael K. als Sprücheschmierer („Juda verrecke!") und Plakatekleber („Ausländer raus!") betätigt. Über seine Aktivitäten in den Jahren 1990/91 sagte K. vor Gericht: „Das war meine Sturm-und-Drang-Zeit. Heute tut es mir leid." In Kontakt mit der Gruppe um den zu Haft verurteilten VAPO-Gründer Gottfried Küssel sei er im einschlägig bekannten „Paulinen-Stüberl" in Wien-Mariahilf gekommen.

## Das Ende von Auschwitz

*(Fortsetzung von Seite 4)*

1945 war Ella Lingens weiter in sozialem Engagement um ihre Schicksalsgefährtinnen bemüht. Gemeinsam mit **Erna Musik** – gleichfalls ehemaliger Auschwitz-Häftling und langjährige Funktionärin der sozialistischen Freiheitskämpfer und der österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz – hat sie sich auch um die Einrichtung einer österreichischen Gedenkstätte in Auschwitz bemüht. Diese wurde 1978 vom damaligen Justizminister Broda eröffnet und ist auch vom seinerzeitigen Bundespräsidenten Kirchschläger besucht worden. Auch für 1995 sind mehrere Gedenk- und Studienfahrten geplant, wobei vor allem auf die Teilnahme von Angehörigen der Gegenwartsgeneration Wert gelegt wird.

Unter den vielen Österreichern, die in Auschwitz aus politischen oder sogenanten „rassischen" Gründen ermordet wurden, war auch der bekannte und populäre Sozialdemokrat **Robert Danneberg,** der seiner Partei in vielen leitenden und verantwortlichen Funktionen selbstlos gedient hatte. Er kam bereits mit dem ersten Dachautransport – dem sogenannten Prominententransport, dem Angehörige aller NS-feindlichen Richtungen angehörten – ins KZ und starb 1942 in Auschwitz. Er blieb bis zuletzt seiner Gesinnung treu. Sein Schicksalsgefährte **Jacques Hannak** erinnerte sich viele Jahre später:

„Wer mit ihm beisammen war, in Dachau, in Buchenwald, der weiß, daß Danneberg so gut wie keine Hoffnung hatte. Aber nicht einen Augenblick hörte er auf, auch in dieser Hölle unser geistiger Berater zu sein. In Lumpen gekleidet, vor einen Lastwagen gespannt, zu niedrigster Arbeit gezwungen, blieb er doch jeden Zoll ein ganzer Mensch."

Gleichfalls in Auschwitz ermordet wurden die Sozialdemokraten **Heinrich Steinitz** und **Edmund Reismann.** Weitere Namen von bekannten Opfern: Der Schriftsteller **Maurus Mezei,** der Kabarettist **Peter Hammerschlag,** der Librettist von Franz Lehár, **Fritz Beda-Löhner,** der kommunistische Rechtsanwalt **Egon Schönhof,** der Journalist **Max Präger,** der Wiener Sportler und ehemalige Heimwehrfunktionär **Willi Kurz,** der Wiener Literaturhistoriker **Fritz Unger** u.a. Einer der Auschwitz-Überlebenden, Professor **Viktor Frankl,** ist der Verfasser des bekannten Buches „Ein Psychologe erlebt das KZ. Trotzdem ja zum Leben sagen". Und **Benedikt Kautsky** – seine Mutter Luise starb 1944 in Auschwitz-Birkenau – hielt seine Erinnerungen in dem Buch „Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren Konzentrationslager" fest.

Diese Aufzählung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Österreicher unter den Befreiten – erstmals durften sie sich wieder so nennen – unterstützten Otto Wolken bei seiner schwierigen Aufgabe. Hier muß auch die Hilfe des polnischen Roten Kreuzes erwähnt werden.

Sie konstituierten sich nun als eigene nationale Gruppe. Man richtete auch ein Österreich-Zimmer ein, welches von **Heinrich Sussmann,** dem bekannten Maler und Graphiker, mit einer rotweißroten Fahne und patriotischen Losungen versehen wurde. Und man bereitete sich – nach deren Befreiung – auf die Heimkehr in die Heimat vor.

Und als ob sie damals schon geahnt hätten, daß viele Jahre später es Kräfte geben würde, die die NS-Massenverbrechen – „Auschwitz-Lüge" – leugnen werden, begab man sich auch auf die Suche nach Beweisen in die SS-Unterkünfte.

Das dort gefundene Material – zu der vorgesehenen und angeordneten Vernichtung der Unterlagen kam es angesichts des schnellen Vormarsches der „Feindtruppen" nicht mehr – fand später in den diversen Kriegsverbrecherprozessen Verwendung. Über Initiative der Österreich-Gruppe – hier soll vor allem der Name des Ex-Häftlings und späteren Polizeibeamten **Kurt Hacker** erwähnt werden – wurde auch eine sowjetische Kommission zur Aufklärung der Greueltaten gebildet.

## „Doch der Hund will nicht krepieren..."

Zu der großen Zahl von Büchern über das Konzentrationslager Auschwitz sind zwei dazugekommen, die wieder das Erleben von Ex-Häftlingen wiedergeben. Die gebürtige Österreicherin **Jenny Spritzer,** Jahrgang 1907, wuchs in Berlin auf und zog dann 1931 mit ihrem Mann, einem Pelzhändler, nach Rotterdam (Niederlande). Im Juni 1940 wurde sie verhaftet und in das KZ Auschwitz gebracht. Ihr Mann, ihre Mutter und weitere Angehörige überlebten den Holocaust nicht. Im KZ mußte sie zuerst im Straßenbau arbeiten, später gelang es ihr, von der SS als Schreibkraft beschäftigt zu werden. In ihrem Buch **„Ich war Nr. 10.291 – Als Sekretärin in Auschwitz" (Rothenhäusler Verlag, Stäfa 1994)** schildert die heute in Zürich lebende Autorin ihre Erlebnisse im KZ und auf der Flucht. Aus diesem Teil des Buches bringen wir in unserer nächsten Ausgabe den Ausschnitt „Wir sind zwei Frauen aus Auschwitz".

Die Zeile „Doch der Hund will nicht krepieren" stammt aus einem Gedicht des KZ-Häftlings Gustav Kleinmann, der in seinem „Steinbruchkaleidoskop" den grausamen Alltag im KZ drastisch wiedergibt. Gustav Kleinmann, geboren 1891, arbeitete vor dem Krieg als Tapezierermeister in Wien-Leopoldstadt, sein Sohn Fritz kam 1923 auf die Welt. Die Familie Kleinmann wurde am 9. bzw. 10. November 1938 zum ersten Mal verhaftet, im September 1939 wurden Gustav und sein Sohn Fritz neuerlich verhaftet und im Oktober in das Konzentrationslager Buchenwald transportiert.

Unter Todesgefahr schrieb Gustav Kleinmann in Buchenwald und dann in den KZ Auschwitz und Bergen-Belsen ein Tagebuch, das sein Sohn Fritz – der mit seinem Vater die KZ-Hölle bis zum Ende durchmachte – gemeinsam mit Reinhold Gärtner, Sekretär der Gesellschaft für politische Aufklärung, unter dem Titel **„Doch der Hund will nicht krepieren... Tagebuchnotizen aus Auschwitz"** herausgegeben hat **(Kulturverlag, Thaur 1995).** Ein eindringliches Zeitdokument, das Fritz Kleinmann mit eigenen Erlebnissen noch anschaulich ergänzt. Wir zitieren daraus in unserer nächsten Ausgabe den Schluß unter dem Titel „Bei der Abwaage wog ich 36 kg".

## Vor dem Prozeß gegen Binder und Radl

Im Mai oder Juni 1995 wird voraussichtlich der Prozeß gegen die wegen der ersten Briefbombenserie im Dezember 1993 Angeklagten beginnen. Angeklagt werden der 27jährige Peter Binder und der gleichaltrige Franz Radl. Staatsanwalt Dr. Sepp-Dieter Fasching hat auf 281 Seiten das Belastungsmaterial zusammengefaßt, das er in mehrmonatiger Arbeit aus dem inzwischen 25.000 Seiten dicken Akt herausgefiltert hat. Der Staatsanwalt hat alle Indizien über die angeblich profunden Kenntnisse Peter Binders über Sprengstoff sowie belastendes Material über Franz Radel zusammengetragen. Den beiden Angeklagten droht lebenslange Haft.

Peter Binder habe, so ist es in der Anklage zu lesen, an der Herstellung der „Sprengfallen" mitgewirkt und diese verschickt. Franz Radl hingegen soll die Ziele für die Attentate ausgewählt und die Kuverts beschriftet haben. „Die Briefbombenattentate sollten gleichsam eine ‚Hommage' an Gottfried Küssel darstellen", heißt es zu dem Motiv der Anschläge. Staatsanwalt Dr. Fasching glaubt, daß es das Ziel der „terroristischen Briefbombenattentate" war, „die Schlagkraft der VAPO (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) zu demonstrieren, die Bevölkerung zu beunruhigen und die Republik zu destabilisieren. Der Prozeß wird vermutlich mehr als zwei Monate dauern. Alle Opfer der Briefbomben werden in den Zeugenstand gerufen werden, unter ihnen Alt-Bürgermeister Dr. Helmut Zilk.

# Opferfürsorgegesetz 1947

## Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1995

(Anpassungsfaktor: 1,028)

### Opfer

| MdE | Opferrente § 11 Abs. 2 | Zulage § 11 Abs. 11 |
|---|---|---|
| 30 v. H. | 1.065 | – |
| 40 v. H. | 1.598 | – |
| 50 v. H. | 2.130 | 2.782 |
| 60 v. H. | 2.663 | 2.782 |
| 70 v. H. | 3.196 | 2.782 |
| 80 v. H. | 4.261 | 2.782 |
| 90/100 v. H. | 5.326 | 2.782 |

Zulage § 11 Abs. 2: 498

**Alterszulage** § 11 Abs. 2 KOVG: 219

**Erschwerniszulage** § 11 Abs. 3 KOVG

| Ab Vollendung | Minderung der Erwerbsfähigkeit | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 50 v. H. | 60 v.H. | 70 v.H. | 80 v.H. | 90/100v.H. |
| 65. Lebensjahr | 238 | 399 | 482 | 638 | 798 |
| 70. Lebensjahr | 483 | 797 | 904 | 1.066 | 1.279 |
| 75. Lebensjahr | 880 | 1.198 | 1.334 | 1.490 | 1.652 |
| 80. Lebensjahr | 1.279 | 1.600 | 1.760 | 1.919 | 2.079 |

**Schwerstbeschädigtenzulage** § 11a Abs. 4 KOVG

| lit. a | lit. b | lit. c | lit. d | lit. e | lit. f |
|---|---|---|---|---|---|
| 1.598 | 2.130 | 2.663 | 3.196 | 3.728 | 4.261 |

**Erziehungsbeitrag** § 11 Abs. 10: 842, gek.: 421

**Pflege- und Blindenzulage** § 18 Abs. 4 und 5, § 19 KOVG

| Stufe I | Stufe II | Stufe III | Stufe IV | Stufe V | Stufe V erh. |
|---|---|---|---|---|---|
| 7.202 | 10.799 | 14.401 | 18.003 | 21.595 | 28.793 |

**Blindenführzulage** § 20 KOVG: 1.563

**Kleider- und Wäschepauschale** § 20a KOVG:
Ziffer 1: 237 Ziffer 2: 376 Ziffer 3: 629

**Unterhaltsrente** § 11 Abs. 5 zugleich EINKOMMENSGRENZE
Alleinstehend: 10.579[1]) verheiratet bzw. für Lebensgefährtin sorgen: 13.642[1])

[1]) Erhöhung der Einkommensgrenze um 421 für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag gebührt.

### Hinterbliebene

| Grundrenten § 11 Abs. 3 für | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Witwen, Witwer | einf. Waisen | Doppelwaisen | Elternteil | Elternpaar |
| 2.130 | 2.130 | 2.130 | 2.130 | 2.130 |

**Unterhaltsrente** § 11 Abs. 5 zugleich EINKOMMENSGRENZE
Witwen, Witwer, Waisen, Eltern: 9.543[2])

**Beihilfen** § 11 Abs. 7
Witwen, Witwer und Waisen: 9.840

EINKOMMENSGRENZE dafür: 10.963[2])

[2]) Erhöhung um 821 für jedes waisenrentenberechtigte Kind.

MINDESTWITWEN-(WITWER-)BEIHILFE § 11 Abs. 7: 70

**Diätzuschuß** §§ 14 und 46b KOVG

| niedrigste Stufe | mittlere Stufe | höchste Stufe |
|---|---|---|
| 331 | 668 | 1.001 |

**Sterbegeld** § 12a

| | Höchst-ausmaß | Mindest-ausmaß | anrechenbarer Höchstbetrag |
|---|---|---|---|
| voll | 12.425 | 7.449 | 4.976 |

### Mittel des Ausgleichstaxfonds – Opferfürsorge

**1. Finanzielle Aushilfe**

(Anschaffung von Wäsche und Bekleidung; Bestreitung der Heizkosten; Instandhaltung der Wohnung)

**Einkommensgrenzen:**

**Alleinstehende** **S 11.616,– netto mtl.**
**Verheiratete (Lebensgemeinschaft)** **S 17.315,– netto mtl.**

**2. Stationärer Spitalsaufenthalt (Spitalsaushilfe)**

(Der Spitalsaufenthalt muß von mindestens 15tägiger ununterbrochener Dauer gewesen sein bzw. [neue Regelung!] bei gleicher Krankheit muß die Summe der Spitalsaufenthaltstage, einmal in 12 Monaten, ebenfalls 15 erreichen.)

**Einkommensgrenzen:**

**Alleinstehende** **S 16.513,– netto mtl.**
**Verheiratete (Lebensgemeinschaft)** **S 21.074,– netto mtl.**

**3. Zinsenfreie Darlehen**

(Nur für den Eigenzweck; eine Bankgarantie oder zwei Bürgen werden verlangt; bis zum siebzigsten Lebensjahr genügt eine Versicherung)

**Einkommensgrenzen:**

**Alleinstehende** **S 22.128,– netto mtl.**
**Verheiratete (Lebensgemeinschaft)** **S 25.289,– netto mtl.**

### Aus Budgetmitteln

**Zuschüsse für erweiterte Heilfürsorge**

Für Inhaber einer Amtsbescheinigung gibt es Zuschüsse für erweiterte Heilfürsorge (Kur- und Erholungsaufenthalte S 276,– täglich, Zahnbehandlung – Zahnkronen S 1.376,–, Sehbehelfe, orthopädische Schuhe, Krankenfahrstühle und Hörapparate, sonstige Heilbehelfe, Heilmittel, Heilbehandlungen).

**Einkommensgrenzen:**

**Alleinstehende** **S 16.513,– netto mtl.**
**Verheiratete (Lebensgemeinschaft)** **S 21.074,– netto mtl.**

DVR:0029106/FK/186/919
FRAU
GERLINDE SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender**

## Hugo Pepper – 75

Der Vorsitzende unseres Bundes, Genosse Hugo Pepper, feierte am 4. Februar seinen 75. Geburtstag. Schon vor seiner Matura war Genosse Pepper 1938 wegen Hochverrats und Geheimbündelei angeklagt. Das Verfahren wurde „gnadenhalber" eingestellt, er selbst ein Jahr „wehrunwürdig" erklärt, dann aber kriegsdienstverpflichtet. 1942 kam er schwerkrank von der Don-Front in die Heimat zurück, besuchte die Kriegsschule, wurde Reserveoffizier und schloß sich dem militärischen Widerstand an. Als Werkstudent setzte er 1945 sein Studium der Staatswissenschaften fort, ab 1951 war er hauptberuflich im Bildungsreferat des ÖGB beschäftigt. Im Studentenkabarett „Der Rote Hund" wirkte er als Schauspieler und Autor mit. 1964 wurde er Cheflektor im Verlag des ÖGB, seit 1981 ist er im Ruhestand, was aber nur für seinen Beruf gilt. Denn auch heute noch ist Genosse Pepper ein unermüdlicher Referent nicht nur an den Volkshochschulen. Schon 1979 erhielt er von unserem Bund die Otto-Bauer-Plakette. Wir können unserem Genossen Hugo Pepper nur sagen, wie froh wir sind, ihn an der Spitze des Bundes zu haben.

## Willi Krula – 85

Schon im Jänner feierte Genosse Willi Krula seinen 85. Geburtstag. Die Redaktion des „Kämpfers" freut sich, Genossen Krula als rühriges Redaktionsmitglied in ihrer Mitte zu haben und ihn auch als eifrigen Schreiber bezeichnen zu können, der unseren Leserinnen und Lesern seit langem kein Unbekannter mehr ist. Genosse Krula, seit geraumer Zeit mit dem Titel „Professor" ausgezeichnet, war als pädagogischer Leiter und Gewerkschafts- und Parteischullehrer in Oberösterreich tätig. Zu seinen Schülerinnen und Schülern zählen der neue Landesparteivorsitzende und Landeshauptmannstellvertreter von Oberösterreich Fritz Hochmair und die ÖGB-Vizepräsidentin Irmgard Schmidtleithner. Wir hoffen, Genossen Willi Krula noch lange zu unseren Autoren zählen zu dürfen.

## DÖW-Fördererverein

Das DÖW hat in den letzten Jahren einen nicht unwesentlichen Beitrag in der Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rechtsextremismus und Haider-FPÖ geleistet. Die dramatische Verschlechterung der finanziellen Situation zwingt das Dokumentationsarchiv nun, mit der Bitte um verstärkte Unterstützung an alle jene, die das DÖW in seinem antifaschistischen Kampf unterstützen wollen, heranzutreten. Die Finanzmittel des DÖW (Verein und Stiftung) setzen sich im wesentlichen aus drei Quellen zusammen: den vertraglich festgelegten Beiträgen der Stifter Bund (Wissenschaftsministerium) und Stadt Wien, Subventionen anderer öffentlicher Stellen sowie Spenden an den Verein DÖW. Der Stiftungsbeitrag des Bundes ist seit 1985 gleichgeblieben, eine 1991 vorgenommene Erhöhung wurde in den Folgejahren nicht mehr gewährt. Infolge dieser Stagnation der Einnahmen mußte das DÖW bisher insgesamt zweieinhalb Dienstposten einsparen. Ein weiteres „Gesundschrumpfen" würde die Erfüllung seiner Aufgaben in Frage stellen.

Das DÖW hat deshalb einen **Verein zur Förderung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes** ins Leben gerufen, drei Kategorien von Mitgliedsbeiträgen (pro Jahr) inkludieren den begünstigten Bezug von DÖW-Publikationen:

- **S 100,–** Schüler, Studenten, Arbeitslose, Zivil- und Präsenzdiener (Bezug *Mitteilungen,* Jahrbuch DÖW, 30% Ermäßigung auf DÖW-Publikationen).
- **S 300,–** Ordentliche Mitglieder (Bezug *Mitteilungen,* Jahrbuch DÖW, 30% Ermäßigung auf DÖW-Publikationen).
- **ab S 1000,–** Fördernde Mitgliedschaft (Bezug *Mitteilungen,* Jahrbuch DÖW, alle DÖW-Publikationen kostenlos).

Diese Mitgliedsbeiträge fließen ausschließlich in Projekte des DÖW, wobei folgende Möglichkeiten der Zweckbindung zur Auswahl stehen: Widerstandsforschung, Holocaustforschung, Exilforschung, Rechtsextremismusforschung, Archiv, Bibliothek, Ausstellungswesen, Rechtshilfe.

Die Leitung des Fördererervereins wird derzeit von DÖW-Vorstandsmitgliedern wahrgenommen, und zwar: Obmann Dr. Wolfgang Neugebauer, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Obmannstellvertreter Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner, Vizepräsident des DÖW, Kassier Dr. Heinz Arnberger und Schriftführerin Mag. Dr. Brigitte Bailer. Die Kontrolle besorgen Prof. Dr. Jonny Moser und Komm.-Rat Franz Forster.

*Beitrittsanmeldungen und nähere Informationen: DÖW, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), Tel. 534 36/779.*

## Wir gratulieren im Jänner und Februar

**Zum 75. Geburtstag:** Brigitte **Voglhofer,** OÖ; Eleonore **Dietl,** Wien; Paul **Renner,** Sbg.; Karl **Steinocher,** Sbg.; Ernst **Richter,** Wien; Konrad **Friedl,** NÖ; Prof. Hugo **Pepper,** Wien; Anna **Sehorsch,** NÖ; Friedrich **Lengauer,** Sbg.; Karl **Dobner,** NÖ; Hans **Hofstetter,** OÖ; Theresia **Böhm,** Bgld.; Franz **Wachutka,** Wien; Peter **Fritz,** Stmk.

**Zum 80. Geburtstag:** Dr. Rudolf **Frank,** Wien; Maria **Reitmeier,** Wien; Johann **Hnat,** NÖ; Wilhelm **Launer,** Wien; Anna **Kuh,** Bgld.; Karl **Klir,** Wien; Wilhelm **Soucek,** Wien; Franziska **Lehner,** Wien; Gabriele **Eberling,** Wien; Anna **Muhr,** Wien; Franz **Döberl,** NÖ; Eleonore **Eibicht,** Wien; Klara **Tischer,** Wien; Hermine **Hermann,** Wien; Johann **Missbichler,** OÖ; Paula **Augustin,** Wien.

**Zum 85. Geburtstag:** Frieda **Buchacher,** OÖ; Otto **Binder,** Wien; Johanna **Koblizka,** Wien; Franziska **Planer,** Sbg.; Hermine **Neurath,** Stmk.; Paula **Ihm,** Wien; Wilhelm **Krula,** Wien; Erna **Scheibengraf,** Stmk.; Paula **Böhm,** Wien; Dr. August **Weitzmann,** Wien.

**Zum 90. Geburtstag:** Johann **Ponath,** NÖ; Johann **Moser,** Knt.

**Zum 91. Geburtstag:** Siegfried **Zöchner,** Wien; Johanna **Christian,** Wien.

**Zum 92. Geburtstag:** Karl **Mayrhofer,** NÖ; Otto **Pollaczek,** Wien; Adele **Mörzinger,** Wien; Gisela **Hochmeister,** Wien; Rudolf **Wolf,** Wien.

**Zum 93. Geburtstag:** Franz **Göttlicher,** Wien; Rosa **Huss,** NÖ; Ernestine **Schilletz,** Stmk.; Friedrich **Hacker,** NÖ; Josef **Kleinschuster,** Stmk.; Karl **Sellner,** Wien.

**Zum 94. Geburtstag:** Josef **Sabelko,** NÖ.

## An unsere Leser!

*Redaktionsschluß für die Nummer 3/4 ist der 15. April 1995.*

Medieninhaber und Herausgebeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.